

KLAUS ROSE

Bayern und seine Verfassung(en)

Das* Jahr 2019 bringt die Erinnerung an die erste „nach-monarchische“ Verfassung Bayerns. Es war der Regierung des Sozialdemokraten Johannes Hoffmann vorbehalten, am 14. August 1919 die „Bamberger Verfassung“ in die bayerische Geschichte einzubringen. Auf dem Weg zur heutigen Demokratie in Bayern ist sie ein Meilenstein. Sie konnte anknüpfen an große bayerische Verfassungsreformen, und sie tat das auch bewusst. Ist also der 8. November 1918 mit der Ausrufung der Revolution oder mehr der 14. August 1919 mit der Verabschiedung der neuen Verfassung der „Geburtstag des modernen Bayern“?

Im gesamten Jahr 2018 fanden überall in Bayern Erinnerungs- und Gedenkveranstaltungen zur Ausrufung des „Freistaats“ statt. Je nachdem stand das Wort „Revolution“, „Freistaat“ oder „Verfassung“ im Mittelpunkt der Reden. Staatliche Stellen gingen mehr auf die Abläufe der bayerischen Geschichte ein¹, während die Sozialdemokraten frühzeitig und ausschließlich das Datum des 7./8. November 1918 für sich reklamierten, also „Geburtsheifer“ des neuen „Freistaats“ sein wollten. SPD-Fraktionsvorsitzender Markus Rinderspacher forderte mehrfach explizit, der 8. November sollte als „Geburtstag des modernen Bayern“ in Zukunft staatlicher Feiertag sein. Seine Forderung verstärkte er mit dem Ausruf: „Es lebe die Republik“. Sepp Dürr von den GRÜNEN erwiderte zum Ansinnen eines neuen Feiertags im Bayeri-

schen Landtag: „Ihr müsst zur Kenntnis nehmen: Die Revolution war nicht Euer Werk. Es ist dreist, dass die SPD für sich in Anspruch nimmt, dass Kurt Eisner ein Sozialdemokrat war“².

Wenn wir alles genauer betrachten, dann hatte sich Kurt Eisner seit 1917 nicht mehr bei der SPD, sondern bei der USPD engagiert. Jenem aus Berlin stammenden und in Bayern tätigen Journalisten wird in der neueren Forschung bestätigt: „Eisner verfocht

* Der Artikel beruht auf einer Rede des Autors am 6. Juni 2018 beim „Verein für Ostbairische Heimatforschung“ mit dem Titel „Bayerische Verfassung(en) – historisch-politisch betrachtet“. Für das Passauer Jahrbuch 2019 wurde die Rede überarbeitet. Folgende Quellen und Literatur wurden herangezogen: Bayerischer Rundfunk (mehrere Sendungen 2018); Bayerische Staatszeitung [künftig: BSZ] und deren Beilage „Unser Bayern“ (2018) sowie Süddeutsche Zeitung (2018), Donau-Zeitung (128. Jahrgang, 1918), Passauer Zeitung-Niederbayerisches Volksblatt (10. Jahrgang, 1918), Vilschhofener Tagblatt (48. Jahrgang, 1918), „Beilage „Das Parlament“ vom 20. 08. 2018 mit Aufsatz von Thomas OLECHOWSKI: Hans Kelsen und die österreichische Verfassung; Bayern und seine Verfassung – Ein Erfolgsmodell, in: Politische Studien 477, Hanns-Seidel-Stiftung, 69. Jahrgang, Januar-Februar 2018; Einsichten + Perspektiven, Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte, herausgegeben von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (2018); Bernhard GRAU, Kurt Eisner, 1867-1919: eine Biographie, München 2017; Thomas HELLER, Vor 90 Jahren beherrschten die Freikorps das Land, in: Passauer Neue Presse vom 21. Juli 2009; Martin HILLE, Revolutionen und Weltkriege, Bayern 1914 bis 1945, Köln/Weimar/Wien 2018; Michaela KARL, Die Münchener Räterepublik – Porträts einer Revolution, Düsseldorf, 2008; Markus SCHMALZL, Erhard Auer, Wegbereiter der parlamentarischen Demokratie in Bayern, Kallmünz 2013; Klaus ROSE, Zwischen Königlich Bayerischem und brauner Diktatur. Die Bayerische Volkspartei in der Donaustadt Vilshofen 1918-1933 (= Vilschhofener Jahrbuch, Sonderband 11), Vilshofen 2014; Volker WEIDERMANN, Träumer – Als die Dichter die Macht übernahmen, Köln 2017.

¹ Als Beispiel sei der Regierungspräsident Niederbayerns (Rainer Haselbeck) erwähnt (Rede am 19. Juni 2018 in Aldersbach).

² Bayerischer Rundfunk, Debatten im Landtag, 30. Januar 2018.

einen Sozialismus mit ethisch-idealistischen Prinzipien, insofern dachte er anders als die marxistische Mehrheit der Vorkriegs-SPD, die ihn eher als bürgerlichen Zeitgenossen wahrnahm“³.

Nochmals zum geforderten Feiertag: Statt des 8. November 1918 wäre eher der 14. August 1919 „bewusstseinsbildend“ und – vielleicht – als Feiertag geeignet. Denn die revolutionären Tage in Bayern, besonders in München, fegten zwar die Monarchie beiseite, begründeten aber keineswegs tragende neue Strukturen. Außerdem trafen sie durchaus auf unumkehrbare längere Entwicklungen, in denen die bayerische Verfassung fortgeschrieben wurde. Es sah damals nämlich so aus, als stünde Bayern auf der Zielgeraden zur konstitutionellen Monarchie, ähnlich wie im Königreich Sachsen, wo der König sogar eine Vereinbarung mit dem neuen Arbeiter- und Soldatenrat absegnete, die am 9. November 1918 publik gemacht wurde. Die SPD in Sachsen wollte den König während des Übergangs zu neuen, demokratischen Zeiten an ihrer Seite haben. Auch tauchte die Idee auf, Friedrich August zum ersten Präsidenten des neuen Freistaats zu machen. Nur dem schärfsten Vorgehen der USPD ist es zuzuschreiben, dass Sachsen zum Freistaat mutierte. Doch wiederum ähnlich wie in Bayern zeigte sich die andauernde Beliebtheit des Königs: Der bayerische König wurde 1921 mit einem Staatsakt zu Grabe getragen und der sächsische König 1932 von Hunderttausenden auf dem letzten Weg begleitet. Auch 1955, beim Tod von Kronprinz Rupprecht in Bayern, veranlasste die SPD-geführte Staatsregierung ein Staatsbegräbnis. Es passt ins Bild, dass die linksliberale „Süddeutsche Zeitung“ auch heute noch dem Haus Wittelsbach „hohes Ansehen“ zuschreibt⁴.

Der 7./8. November 1918 brachte also den Umsturz, betitelt als Revolution. Doch nicht nur die organisierten Königstreuen, sondern viele Menschen in Bayern hatten bald nach der Revolution von 1918 nicht mehr viel mit dem neuen System anfangen können. Vielleicht auch deshalb hatte unter dem Motto WIR FEIERN BAYERN die „Bayerische Staatszeitung“ im Mai 2018 die Überschrift gewählt: *Wir feiern in diesem Jahr 100 Jahre Freistaat und 200 Jahre Verfassungsstaat*. Das Redaktionsteam hat also mehr die Kontinuität in Bayern gesehen und nicht die Revolution allein.

Natürlich kann hinterfragt werden, ob eine „Verfassung“ Anlass für einen Feiertag sein kann. Eigentlich ist eine Verfassung viel zu spröde. Sie hat zwar Gesetzesform und fasst all jene Rechtsformen zusammen, die Aufbau und Tätigkeit eines Gemeinwesens regeln sowie die Form des menschlichen Zusammenlebens beschreibt. Weil die Bundesrepublik Deutschland ihre Verfassung mit Namen *Grundgesetz* am 23. Mai 1949 bekam, diente einst dieser Tag als „Feiertag“ – beachtet nur in Behörden und in bundesdeutschen Botschaften auf dem Globus. „Das Volk“ feierte nicht mit. Der Sturz des bayerischen Königs 1918 hatte ebenfalls nicht zu einem „Volks-Feiertag“ geführt. Warum sollte das nach hundert Jahren plötzlich anders sein?

Die Kontinuität bayerischer Geschichte

Auch wenn im Jahr 2018 oftmals der Versuch unternommen wurde, die Ausrufung des „Freistaats“ durch die USPD als sinnstiftend für das moderne Bayern zu propagieren, so muss trotzdem festgehalten wer-

³ HILLE, S. 36.

⁴ Hans KRATZER in SZ vom 2. Mai 2018.

den: Den Bayern war etwas anderes ins Blut gegangen. Das war der Stolz auf ihre lange Geschichte.

In der „Bamberger Verfassung“ hieß es explizit:

Das bayerische Volk, eingedenk seiner mehr als tausendjährigen Geschichte, gibt sich eine eigene Verfassung.

Diese Aussage wurde aufgegriffen in der Verfassung von 1946 und sie war das ganze 19. Jahrhundert hindurch gestärkt worden durch den Hinweis auf bayerische Großtaten seit Garibald im 6. und Tassilo im 8. Jahrhundert und vor allem durch die vier Könige und ihre gerühmten Gemahlinnen, welche aus höchsten europäischen Adelshäusern stammten sowie hübsch, gebildet und evangelisch waren – letzteres mit Ausnahme der habsburgischen Prinzessin Marie Therese, die 1868 mit dem (späteren) König Ludwig III. vermählt wurde und mit diesem mehr als fünfzig Ehejahre erleben durfte.

Einige Monate nach dem Gedenkjahr 2018 könnte die eigentliche Revolution in Bayern an Strahlkraft verlieren. Denn die Monate nach der Proklamation der Republik, auch „Freistaat“ genannt, verliefen alles andere als feiertagswürdig. Erst die große Tat der Neugestaltung der Verfassung von 1919 unter Berufung auf die Geschichte konnte zur späteren Versöhnung mit den Geschehnissen von Revolution und Räte-republik führen. Es war also die Kontinuität, die allen Bayern und nicht bloß den Bewunderern von Revolutionshelden Stolz auf das eigene Gemeinwesen vermittelt. Aus diesem Bewusstsein heraus ergaben sich die offiziellen Erinnerungsfeiern von hundert- und zweihundertjähriger Verfassung in Bayern.

Dieses Bewusstsein wurde in Bayern stets gepflegt. Die Erzählung der „mehr als tausendjährigen Geschichte“ wurde auch durch

einen Lehrstuhl für bayerische Geschichte in München vertieft, dem seit 1898 Sigmund von Riezler vorstand. Man wollte damals das neue, eigenständige Königreich legitimieren und schon bei der *Lex Baioariorum* beginnen, welche im 7./8. Jahrhundert das Zusammenleben der Bayern regelte. Deren 23 Artikel, beginnend mit „Vom Klerus“ und endend mit „Von Schweinen“, gibt einen herrlichen Einblick in die verfassungs- und strafrechtlichen Vorgänge des frühen Mittelalters und beschreibt zum Beispiel auch mit Artikel 8 eine sehr aktuell anmutende Verhaltensweise, nämlich das männliche Grapscher-Unwesen, das bestraft werden musste.

Man könnte beschreiben, dass es auf dem Weg zu einer Art Verfassung den *Hoftag 1122 in Worms* gab, der nicht bloß den Investiturstreit beendete, sondern auch das Verhältnis Fürsten-König neu regelte. In Bayern hatten sich auch die Landstände zu mehr Mitsprache aufgeschwungen und erstmals im *Vilshofener Vertrag* 1293 und dann besonders in der *Ottotonischen Handfeste* 1311 die Mitwirkung beim Landesherrn auf Landtagen erkämpft (Steuerbewilligungsrecht). Unter dem besonders hoch eingeschätzten Kurfürsten Maximilian (ab 1623) waren die ständischen Mitwirkungsrechte aber ausgeschaltet worden, es gab keine Einberufung der Landtage mehr. Das absolutistische Zeitalter hatte auch in Bayern begonnen. Alles das in Betracht gezogen, kann man nicht hoch genug einschätzen, dass es zumindest nach Auffassung heutiger Betrachter im Jahr 1818 den *Wandel vom absolutistischen Staat zum modernen demokratischen Rechtsstaat gab*⁵.

Beginnt das moderne Bayern also mit einer Verfassung, die von den Wittelsbachern

⁵ Winfried BAUSBACK, Politische Studien, 477/2018, S.20.

erlassen wurde, oder doch erst mit einer durch „das Volk“ zusammengestellten Verfassung 1919? Die Bayern sind auf jeden Fall sehr geschichtsbewusst. Man hat ihnen das historische Bewusstsein geradezu implantiert. Fast hat das Geschichtsbewusstsein Verfassungsrang.

Schon 1808 gab es mit der *Konstitution* ein Regelungspaket aus Edikten und Vorschriften. Bayern befand sich schon unter dem letzten Kurfürsten und ersten König Max Joseph in einem tief greifenden Veränderungsprozess. Man wollte auch den Vorstellungen Napoleons zuvorkommen, die in den Rheinbundstaaten bereits präsent waren. Außerdem gelangten damals zu Bayern bekanntlich auch andere Fürstentümer wie Brandenburg-Ansbach und Brandenburg-Bayern, die schon die preußischen Reformen des Freiherrn von Hardenberg erlebt hatten. Max Joseph hatte sich in Ansbach 1796/97 im Exil aufgehalten, wo er mit Maximilian von Montgelas aus Zweibrücken seinen wichtigsten politischen Berater fand. Beide wollten die *Modernisierung Bayerns an Haupt und Gliedern*, zunächst bei Verfassung und Verwaltung, dann an den Territorium-Grenzen: Es ergab sich die Reform des Beamtenrechts, die Verwaltungsneugliederung, die einheitliche und gleiche Besteuerung, die Reform der Landstände, die Abgrenzung von Staat und Kirche, die Toleranz der Konfessionen. Das um 25 Prozent vergrößerte Staatsgebiet mit verdoppelter Einwohnerzahl (auf 3,7 Millionen) erforderte bis zum Wiener Kongress von 1815 die Neueinteilung des Königreichs in Kreise. Auch der historische Begriff „Niederbayern“ verschwand, es gab in dieser Region fortan nur noch den „Unterdonaukreis“.

Von den neuen Entwicklungen war auch Passau betroffen. Das Jahrhunderte alte

Hochstift war im August 1802 von den Österreichern besetzt worden. Man wollte Teile des Hochstifts dem Kaiserbruder und Großherzog Ferdinand von Toskana übergeben. Doch auch die Bayern drängten. Im Februar 1803 fielen Stadt und Umkreis an Bayern, der östliche Teil aber an den Großherzog, inzwischen neuer Kurfürst von Salzburg. Die alte Bischofsstadt Passau wurde schließlich im Jahr 1809 zur kreisunmittelbaren Stadt im Unterdonaukreis hinaufgestuft.

Die Verfassung vom 26. Mai 1818, dem Vorabend des königlichen Geburtstags, brachte nach dem Sturz Montgelas' 1817 das Ergebnis verschiedenster Bemühungen, das neue Königreich endlich in geordnete Bahnen zu manövrieren. In neuester Betrachtung nennt man die Verfassung „ein Kind der Not, genauer gesagt: ein Versuch, den drohenden Staatsbankrott abzuwenden“⁶. Denn der heutzutage stets gelobte Minister Maximilian Graf von Montgelas hatte durch Kriege und Misswirtschaft einen unglaublichen Schuldenberg angehäuft. Der neue Finanzminister Maximilian Emanuel Graf von Lerchenfeld wollte daher einer neuen *Ständeversammlung* die Aufgabe zuweisen, zur Schuldenhaftung und zur neuen Kreditwürdigkeit Bayerns beizutragen. Verfassungsentwürfe hatte es bereits viele gegeben, doch Montgelas hatte sich diesen stets verweigert. Er hielt nichts von „Mitberatung“ oder gar „Mitbestimmung“. So hatte er 1808 zusätzlich die landständische Verfassung abgeschafft und dem König die volle Steuerhoheit zugebilligt, was auch die Zentralisierung der gesamten Finanzverwaltung bedeutete. Zusammen mit anderen Faktoren –

⁶ Reinhard HEYDENREUTHER, „Geldnot macht demütig“, in: BSZ „Unser Bayern“ 9,10/2018, S. 26.

Hungersnot 1817 in Bayern infolge der Verdunkelung der Sonne durch Vulkanasche in der Erdatmosphäre nach einem verheerenden Vulkanausbruch in Indonesien – war der Staatsbankrott eingetreten.

Die neue Verfassung wurde daher zu einem dicken Buch mit Kodifikation des geltenden Staats- und Verwaltungsrechts, aber vor allem mit einer Präambel der Grundrechte (genannt „Gewährleistungen“) und mit Bestimmungen über das Parlament („Ständeversammlung“). Ab sofort galt, dass Eingriffe in Eigentum und Freiheit einer gesetzlichen Grundlage bedurften, dass das Parlament das Recht zur Steuererhebung hatte sowie dass es ein Petitionsrecht gebe und auch ein Institut der Verfassungsbeschwerde. In der Folgezeit hielt sich nicht jeder daran. Nicht zuletzt deshalb ergaben sich der „Vormärz“ sowie die Revolution von 1848.

Letztere hatte zur Folge, dass immer deutlicher eine konstitutionelle Grundordnung die Verhältnisse im Königreich Bayern regelte. Es gab Grundrechte wie die Freiheit der Person, des Gewissens und der Meinung sowie den Schutz des Eigentums. Der König war Schutzherr in seiner heiligen, unverletzlichen Person, er war aber als Oberhaupt auch Teil des Staates. So berief und entließ er das Gesamtministerium, die nur ihm allein verantwortlichen Minister. Das Parlament hatte aber das Recht, jeden Minister bei einer Verletzung der „Staatsgesetze“ anzuklagen. 1850 entstand der Staatsgerichtshof (BVG).

Es wäre notwendig, wegen der Kontinuität bayerischer Verfassungsgeschichte besonders auf die Zeit des Prinzregenten Luitpold (ab 1886) näher einzugehen. Dieser suchte nämlich vor dem preußisch-deutschen Hintergrund, dem sich Bayern nicht ganz ent-

ziehen konnte, einen Sonderweg der bayerischen Monarchie. Wenn man sein Wirken bis 1912 beurteilt, das fortschrittliche Wahlrecht, die kommunalen Freiheiten und die Reformmentalität bis weit in die Arbeiterbewegung hinein, dann versteht man, dass die „Prinzregentenzeit“ als deutliche Option auf die Zukunft der Monarchie galt. Ingvild Richardsen, Dozentin an der Universität Augsburg, kam zur Beurteilung: *Um 1900 präsentierte sich München als eine der bedeutendsten Kunstmetropolen Europas. Im letzten Drittel des Jahrhunderts waren Scharen von Künstlern und Schriftstellern in die Residenzstadt gezogen, die damals den Ruf genoss, die geistig freieste und kunstsinnigste Stadt zu sein. Zusammenhängend damit bildete sich seit 1886 in der Residenzstadt auch eine einzigartige Szene der modernen Frauenbewegung heraus*⁷. Gemeint war natürlich eine „bürgerliche“ Szene – und diese berauschte sich 1914 beim Kriegsbeginn mit der Rettung des „Vaterlandes“ als heiligem Ziel. Die bekannten Schriftstellerinnen wie Brachvogel, Haushofer-Merk oder Bernstein sprachen sich in Texten und Gedichten pro Krieg aus und wirkten in der städtischen Kriegsfürsorge mit.

Der Umsturz von der Monarchie zur Republik

Mit zunehmendem Elend der Kriegsjahre verabschiedeten sich die Avantgarde der Frauen von der Kriegsbegeisterung ebenso wie die Sozialdemokraten. Die Radikalisierung begann, die Revolutionsstimmung brach sich im ganzen Deutschen Reich Bahn. Das galt auch für Bayern, dessen evolutionärer Weg zu einer vollen parlamentarischen

⁷Einsichten + Perspektiven, Nr. 2/18.

schen Kontrolle im Königreich ein Ende gesetzt wurde. Noch am 28. September 1917 hatte die sozialdemokratische Landtagsfraktion mit Erhard Auer aus Dommelstadt bei Passau in einem Elf-Punkte-Programm die Umwandlung des konstitutionellen Staates in eine parlamentarische Demokratie mit monarchischer Spitze gefordert⁸. Der Antrag wurde aus unterschiedlichen Gründen (zu) lange beraten.

Auf der Delegiertentagung der bayerischen Zentrumspartei im Oktober 1918 in München hob wiederum der Passauer Abgeordnete Dr. von Pichler „die Bedeutung der Monarchie für unser Land und unser Volk hervor“. Er begeisterte sich an seinen Worten: „Kein Monarch hat ein so warmes Herz für das Volk wie unser König Ludwig“⁹. Auf dieser Delegiertenkonferenz betonte man auch, dass Bayern „eines der fortschrittlichsten Wahlrechte der Welt“ habe.

Dann kam der 2. November 1918 und die Einigung der *Regierung* mit dem Vorsitzenden des Ministerrats an der Spitze (Otto von Dandl, 1868 in Straubing geboren) und dem *Landtag*. Das entsprechende Abkommen sah die Einführung der Verhältniswahl und das Wahlrecht für Frauen vor und sollte zur parlamentarischen Monarchie führen. Es fehlte bloß noch die für den 8. November 1918 vorgesehene Zustimmung der *Kammer der Reichsräte*. So war besonders das Zentrum davon überzeugt, einer drohenden Revolution in Bayern den Boden entzogen zu haben, und so konnte der Abgeordnete Pichler am Montag, dem 4. November 1918, im Saal des katholischen Gesellenvereins seiner Heimatstadt Passau zur Beruhigung der *in den letzten Tagen mehr als je erregten Gemüter* beitragen¹⁰.

Doch schnell kam alles anders. Denn Kurt Eisner, „Führer der radikalen Unabhängigen

Sozialdemokratie“¹¹, nutzte die allgemeinen Unruhen in Deutschland auch in seiner neuen bayerischen Heimat. Am 7. November 1918 sah er seine Chance. Eisner war 1867 in Berlin als Sohn eines jüdischen Textilfabrikanten geboren worden und hatte sich in das Studium der Germanistik und Philosophie vertieft. Danach war er Journalist geworden, außerdem war er von 1898 bis 1917 SPD-Mitglied. Er arbeitete als Redaktionsmitglied beim *VORWÄRTS*. Seit 1907 lebte er in Bayern, zunächst in Nürnberg, wo er Chefredakteur der „Fränkischen Tagespost“ wurde, weshalb ihm am 27. Oktober 1908 ein bayerischer Pass durch die Bezirksregierung Mittelfranken in Ansbach ausgehändigt worden war. Dann zog Eisner nach München um und wirkte als Feuilletonist für die sozialdemokratische „Münchner Post“.

Eisner war ursprünglich mit seiner SPD für Kriegskredite für den „Vernichtungskrieg gegen den Zarismus“ eingetreten, wohl auch aus „Angst vor russischer Aggression“¹². Bald nahm er von dieser Haltung Abstand und gab sich als radikaler Pazifist gegen den preußischen Obrigkeitsstaat und damit gegen die SPD, von der sich im April 1917 die USPD abspaltete. Eisner wurde deren Mitbegründer in Bayern. Er trat als überzeugender Redner bei Diskussionsabenden im Gasthaus „Zum goldenen Anker“ auf und wurde zur Leitfigur für junge Linke und Literaten wie Felix Fechenbach, Oskar Maria Graf, Erich Mühsam oder Ernst Toller. Schon im Januar 1918 beteiligte sich Eis-

⁸ SCHMALZL, S. 218 f.

⁹ Donau-Zeitung, Jahrgang 128, Nr. 484, Mittwoch 23. 10. 2018.

¹⁰ Donau-Zeitung, Jahrgang 128, Nr. 507, Freitag 8. 11.1918.

¹¹ Laut Dorit-Maria KRENN, Leiterin Stadtarchiv Straubing, in „Unser Bayern“ Mai/Juni 2018, S. 39.

¹² GRAU, S. 304.

ner an der Streikwelle der Munitionsarbeiter mit dem Ziel, die Monarchie zu beseitigen. Er bezahlte dafür mit seiner Verhaftung.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Schlagzeile der „Donau-Zeitung“ im Juli 1918: *Der Siegespreis – Rohstoffe*. Im Artikel heißt es: *„Unsere Lager sind geräumt, unsere Vorräte aufgebraucht, unsere Rohstoffe verarbeitet, unsere Fertigfabrikate eine Seltenheit geworden. Wenn unsere Krieger heimkehren werden – 8, 9 oder 10 Millionen – werden sie Arbeit finden? ... Das ist die große Frage von Sieg oder Niederlage. Das ist die große Frage nicht von Geld und Kriegsentschädigung, sondern von Arbeitsmöglichkeit, Verdienstmöglichkeit und Rohstoffbeschaffung. Hunderttausende von Munitionsarbeitern werden mit Eintritt des Friedens arbeits- und brotlos...“*¹³.

Die (lesende) Bevölkerung war also durchaus informiert über künftige Konsequenzen, erfuhr aber weiterhin beruhigende Nachrichten, wie *Die Schlacht an der Marne von uns gewonnen*¹⁴ oder *Die feindliche Gegenoffensive zerschellt*¹⁵. Doch auch anderes wurde berichtet, so *die heute unbestrittene Tatsache, dass das Versorgungswesen der Kriegsbeschädigten und deren Hinterbliebenen an schweren Mängeln leidet*¹⁶, oder über die Entwicklung in Russland mit dem Titel *Von Revolution – zum Monarchenmord*¹⁷.

Außerdem veröffentlichte die Donau-Zeitung eine Erklärung von König Ludwig *Der König an Volk und Heer*. Der Text lautete: *An meine Bayern! Wider unsere Hoffnung geht auch das 4. Kriegsjahr zu Ende, ohne uns den Frieden gebracht zu haben ... Ich weiß mich eins mit meinem Volke, dass es König und Vaterland nicht verlassen, dass es durchhalten wird bis zum glücklichen Frieden. Das walte Gott!*¹⁸ Die Zeitung ergänzte das alles mit dem Kommentar *erstens haben wir den Krieg nicht verursacht und zweitens unsere*

*Schuld ist es nicht, dass der Krieg noch fort-dauert*¹⁹. Die Dramatik des Kriegs trat aber immer wieder hervor, wenn Todesanzeigen von Gefallenen abgedruckt werden mussten, auch von Höhergestellten, wie zum Beispiel Leutnant der Reserve Josef Stockbauer, als *Brauerei- und Gutsbesitzersohn* allgemein bekannt²⁰.

Dass man sich auch in den der Monarchie gewogenen Kreisen Gedanken um die Zukunft des Volks machte, zeigte sich mit dem Presse-Titel *Der Arbeiterstand nach dem Kriege*²¹. Der Text lautete: *Man darf in allen Ländern, die der Kriegswirbel in seine Kreise gezogen hat, fest damit rechnen, daß endlich der vierte Stand nach und nach organisch in das gesellschaftliche Ganze eingegliedert wird, daß diese Klasse als gleichwertige, vollberechtigte Klasse sich durchsetzt, daß falsche Klassenvorurteile und Klassenhochmut allmählich fallen ... Trotz der großen Wahrscheinlichkeit einer starken anfänglichen Radikalisierung der Arbeiter als Reaktion auf den mit schwerem Unmut ertragenen Kriegsdruk bleibt es also doch wahr, daß die moderne Arbeiterbewegung im ganzen sich auf dem Wege der Eingliederung in die soziale Gesellschaft befindet.*

Wie erwähnt, kam es nicht mehr zu einem evolutionären Übergang in Bayern. Eisner war am 14. Oktober 1918 aus der Haft entlassen worden. Er hatte die ganzen Monate engen Kontakt zu Gesinnungsgenossen und wurde gleich wieder als geübter Redner

¹³ Donau-Zeitung, 128. Jahrgang, Nr. 298, Montag, 05. 07. 1918.

¹⁴ Donau-Zeitung, 128. Jahrgang, Nr. 322, Freitag, 19. 07. 1918.

¹⁵ Donau-Zeitung, 128. Jahrgang, Nr. 325, Sonntag, 21. 07. 1918.

¹⁶ Donau-Zeitung, 128. Jahrgang, Nr. 328, Dienstag, 23. 07. 1918.

¹⁷ Donau-Zeitung, 128. Jahrgang, Nr. 335, Samstag, 27. 07. 1918.

¹⁸ Donau-Zeitung, 128. Jahrgang, Nr. 342, Mittwoch, 31. 07. 1918.

¹⁹ Donau-Zeitung, 128. Jahrgang, Nr. 343, Donnerstag, 01. 08. 1918.

²⁰ Donau-Zeitung, mehrmals im September 1918.

²¹ Donau-Zeitung, 128. Jahrgang, Nr. 408, Sonntag, 08. 09. 1918.

begrüßt. Gut drei Wochen später schlug die Stunde der Revolution in Bayern, zunächst in München, aber sehr schnell auch an Orten der Peripherie wie Aschaffenburg oder Passau.

Man darf dabei nicht übersehen, dass immer noch Krieg herrschte und dass im Norden Deutschlands staatszerstörerische Unruhen ausgebrochen waren. Schon am 1. November 1918 liefen im militärischen Groß-Standort Kiel (50.000 Militärs, intensive Metallindustrie) auf obersten Befehl deutsche Kriegsschiffe mit inhaftierten Matrosen ein. Die Kieler Arbeiterschaft war bereits radikalisiert. Der Versuch, die inhaftierten Matrosen zu befreien, wurde zum Funken des Aufstands in ganz Deutschland. Am 5. November 1918 bildete sich ein erster deutscher Soldatenrat, bald danach auch ein *Arbeiterrat* (unter SPD-MdR Gustav Noske). Die Meldungen darüber hatten sich schnell verbreitet. Vom „blauen Himmel“ kam in Bayern nichts herab. Aber der „Zugriff“ erfolgte schneller.

Die Abläufe in München auf der Theresienwiese am 7. November 1918 wurden schon häufig untersucht und zum Teil unterschiedlich beschrieben. Sicher ist, dass sowohl die SPD mit Erhard Auer als auch die USPD mit Kurt Eisner zu Kundgebungen aufgerufen hatten. Während Erhard Auer das Kriegsende und den Thronverzicht des Kaisers forderte, nicht aber eine Revolution, sprach Kurt Eisner deutlicher, wurde aber am Schluss seiner Rede von seinem engen Mitarbeiter Felix Fechenbach unterbrochen mit dem Ausruf: *Es hat keinen Zweck mehr, viele Worte zu verlieren. Wer für Revolution ist, uns nach!*²².

Der größere Teil der Demonstranten marschierte dann mit Erhard Auer und Musik zum Friedensengel, der kleinere Teil nach

Aufzeichnungen des Schriftstellers Oskar Maria Graf mit Kurt Eisner, Felix Fechenbach und dem blinden Bauernführer Ludwig Gandorfer in Richtung Westend. Gegen Abend war die ganze Münchener Garnison übergelaufen. Im Mathäser wählte man einen Arbeiterrat unter Vorsitz von Kurt Eisner, dann auch noch einen Soldatenrat. Gegen 22 Uhr marschierten die aufgebrachten Massen zum Landtagsgebäude in der Prannerstraße. Die neuen Räte begaben sich hinein und Eisner formulierte noch in der Nacht eine Proklamation, deren Zustandekommen aber nicht wörtlich überliefert ist. Genaueres erfuhren die Münchner durch die „Münchener Neuesten Nachrichten“, deren Druckerei in der Sendlinger Straße besetzt worden war. Die neue Titelseite lautete: *Ein provisorischer Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat hat sich in der Nacht zum 8. November im Landtag konstituiert. Bayern ist fortan ein Freistaat.* Schnell hingen auch Plakate in der Stadt *Die Dynastie Wittelsbach ist abgesetzt, Hoch die Republik.* Man sprach vom „Freistaat“ oder „Freien Volksstaat“, also vom Staat ohne monarchische Regierung.

Der neue „Arbeiter- und Soldatenrat“ wählte Kurt Eisner schnell zum Ministerpräsidenten. Dieser bildete ein Kabinett aus SPD und USPD. Der amtierende MP Otto von Dandl (Straubing) sah geschockt und tatenlos zu. Eisner forderte gleich am ersten Tag der bayerischen Republik von Deutschland die Initiative zum Frieden. Zwei Tage später schließlich übergab die königliche Regierung unter Dandl die Amtsgeschäfte „ordnungsgemäß“ an die Eisner-Regierung. Dandl hatte den König zur Abdankung bewegen wollen, was dieser im Fluchort

²² BSZ-Blickpunkte, 10. August 2018.

Anif bei Salzburg aber nur gewunden akzeptierte. Die Münchner Neuesten Nachrichten veröffentlichten am 13. November 1918 unter der Überschrift „Thronverzicht König Ludwigs III.“ folgende Erklärung: *Zeit meines Lebens habe ich mit dem Volk und für das Volk gearbeitet. Die Sorge für das Wohl meines geliebten Bayern war stets mein höchstes Streben. Nachdem ich infolge der Ereignisse der letzten Tage nicht mehr in der Lage bin, die Regierung weiterzuführen, stelle ich allen Beamten, Offizieren und Soldaten die Weiterarbeit unter den gegebenen Verhältnissen frei und entbinde sie des mir geleisteten Treue-Eides*²³.

Der neue Ministerrat (Kurt Eisner sowie Auer, von Frauendorfer, Jaffe, Roßhaupter, Timm, Unterleitner) hatte diese Erklärung von Ludwig zum Anlass einer Antwort genommen und dabei festgehalten, dass er den „*Thronverzicht Ludwigs III. zur Kenntnis*“ nehme. Der ehemalige König und seine Familie könnten sich wie jeder andere Staatsbürger frei und unangetastet in Bayern bewegen, *sofern er und seine Angehörigen sich verbürgen, nichts gegen den Bestand des Volksstaates Bayern zu unternehmen*²⁴.

Eine Woche nach dem Umsturz am 15. November 1918 legte Eisner das erste Regierungsprogramm des neuen Volksstaates vor. Wesentlich war dabei die Festlegung *Die Selbstbestimmung Bayerns muss erhalten werden*. Das war über Parteigrenzen hinweg populär. Man wollte gegen die preußische Dominanz nur mehr einen lockeren Staatenbund, möglichst unter Einbeziehung von Deutsch-Österreich. In der Habsburger Monarchie war nämlich schon am 28. Oktober 1918 der *Tschechoslowakische Staat* ausgerufen worden, gefolgt am 29. Oktober vom *Staat der Slowenen, Kroaten und Serben* und am 30. Oktober vom *Staat Deutschöster-*

reich. Am 12. November 1918 hatte sich der Regierungsverzicht des österreichischen Kaisers Karl ergeben sowie die Erklärung zur *Republik* sogar als einem *Bestandteil der Deutschen Republik*²⁵.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Frage: Hat König Ludwig III. tatsächlich auf den Thron verzichtet, wie der Ministererrat schnell veröffentlichte, oder nur die Entbindung der staatstragenden Kräfte vom persönlichen Treueid bekanntgegeben, damit diese in keinen Gewissenskonflikt gerieten? Hätte er nicht in einer möglichen konstitutionellen Monarchie weiterhin „Staatschef“ bleiben können? Die tatsächliche Geschichte gab keine Antwort.

Die Revolution in Passau

Mit Hilfe von Telegrammen und Eisenbahnverbindungen verbreitete sich die Nachricht der Revolution ziemlich schnell ins Land und bis an die Peripherie. In Aschaffenburg etwa hatte sich schon am 8. November 1918 ein von der USPD initiiertes Protestzug zum Rathaus aufgemacht. Alles lief geordnet ab, weil von allen Seiten zu Ruhe und Besonnenheit aufgerufen wurde²⁶.

In Passau gab es allerlei Gerüchte, die auch von Zugreisenden herangeschafft wurden. Lesen konnte man schon am Freitag, 8. November 1918, in der „Passauer Zeitung“ die Schlagzeile: *Republikanischer Staatsstreich in Bayern*. Der Text lautet: *Danach ist Bayern ein republikanischer Freistaat. Eine freie Regierung, die vom Vertrauen der brei-*

²³ Abdruck der Zeitungsmeldung in *Unser Bayern* 9,10/2018

²⁴ Ebd.

²⁵ Zitiert nach „Das Parlament“ 20. 08. 2018, S. 20 (Erst mit dem Frieden von St. Germain, 10. 09. 1919, Zwang zur Umbenennung in „Österreich“ und zum Verzicht eines Zusammenschlusses mit Deutschland)

²⁶ BSZ vom 26. Oktober 2018, S. 34.

ten Masse getragen wird, soll unverzüglich eingesetzt werden²⁷.

In der Ausgabe des nächsten Tags druckte die „Passauer Zeitung“ einen „BEFEHL!“ ab. Er lautete: *Mit dem heutigen Tage hat der gewählte Soldaten- und Arbeiterrat die Kommando- und Zivilgewalt der Stadt Passau übernommen. Erste Bürgerpflicht ist Ruhe und Besonnenheit. Wer sich gegen die öffentliche Ordnung verfehlt, wird streng bestraft.* Gezeichnet war der Befehl des Soldaten- und Arbeiterrats von Franz Eisgruber, Jakob Kropf, Peter Ganter-Gilmanns.

Etwas verspätet, dafür aber umso ausführlicher meldete sich die „Donau-Zeitung“ zu Wort. Am 8. November hatte es auf Seite zwei nur eine kleinere Nachricht gegeben, am 9. November dafür mit der Schlagzeile *Die Revolution in München* einen großen und doch vorsichtigen Bericht²⁸. Er begann folgendermaßen: *Man muss nach allen Nachrichten aus der Hauptstadt Bayerns annehmen, dass dort eine stilgerechte Revolution (Staatsumwälzung) gemacht worden ist. Der König ist als abgesetzt erklärt, die kgl. Familie ist verschollen, der König soll geflohen sein.* Danach wurde die neue bayerische Revolutions-Regierung vorgestellt und der Aufruf des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrats „an die ländliche Bevölkerung Bayerns“ erläutert, wonach es dessen „erste und größte Aufgabe“ sei, dem Volk den heißersehnten Frieden zu bringen. Weiter lautete es: *Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat lehnt es zwar ab, die nationale Verteidigung durchzuführen. Er wird aber unter allen Umständen den Grenzschutz aufrechterhalten, damit Leben und Eigentum der bayerischen Bevölkerung geschützt und erhalten bleibt.*

Am Schluss des ganzseitigen Artikels hieß es mit der Überschrift *Die Bewegung in Passau: Am Freitag vormittag war noch alles*

ruhig in der Stadt. Gegen 2 Uhr nachmittag begannen in der Ludwigstraße einzelne Soldaten, die ihre deutsche Kokarde entfernt und durch rote Sternlein ersetzt hatten, vorübergehende Kameraden aufzufordern, ihrem Beispiel zu folgen. Einzelne weigerten sich. Man riß ihnen die Mütze vom Kopfe und entfernte die Kokarde. Andere wehrten sich stärker; diese wurden teils mit Stößen gepufft, teils mit Stöcken geschlagen. In kurzer Zeit sah man an den Mützen nur mehr eine, die bayerische Kokarde. Um 3 Uhr waren die Mannschaften zur Belehrung kommandiert, wo sie von den Vertrauensmännern zur Ruhe aufgefordert wurden. Beim Landsturm- und beim Ersatzbataillon bildeten sich aus Vertrauensmännern der Kompagnien zwei Soldatenräte. Freitag abend hielten sie eine Besprechung ab. Die Vertreter der Soldatenräte verbürgten sich dem General für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung.

Dann hieß es im Artikel auch noch, dass die Hauptstraße der Stadt den ganzen Abend bis tief in die Nacht hinein sehr belebt war. Ausschreitungen seien aber verhindert worden. Gegen 21 Uhr versammelten sich im Nebenzimmer der Stadt Wien Vertreter der beiden Soldatenräte, des sozialdemokratischen Arbeiterrates, der bereits provisorisch gewählt war, und Vertreter des Bürgertums. Als Ziel habe man die Errichtung der Republik angegeben. Dann habe man auch noch die Gefangenen im Amtsgerichts- und im Oberhausgefängnis befreit. Die Behörden und die Militärs hätten sich dem neuen Arbeiter- und Soldatenrat unterstellt. Der Passauer Soldaten- und Arbeiterrat mit jeweils dreizehn Mitgliedern habe in der

²⁷ Passauer Zeitung Nr. 260.

²⁸ Donau-Zeitung Nr. 511.

Nacht auch noch ein Telegramm mit „Huldigungsgrüßen“ an die neue Regierung gesandt sowie die Erwartung betont, *daß des Volkes Hoffen sich endlich zum Segen des Vaterlandes auswachsen möge*. Am Samstagvormittag, ab 8 Uhr, hätte man sich auf dem Exerzierplatz getroffen und eine *Bürgerwehr zum Schutze des Eigentums und Aufrechterhaltung der Ordnung* gegründet. Die Bewohner Passaus seien aufgerufen worden, sich *diesem freiwilligen Dienst zur Verfügung zu stellen*. Über das „Vilshofener Tagblatt“ erfuhr auch die Bevölkerung oberhalb von Passau von den Ereignissen in der Dreiflüssestadt²⁹.

Natürlich gab es auch unruhigere Ereignisse. So wurde am Montag, dem 11. November 1918, in der Presse berichtet, dass *im Rottalerzug ein Soldat fürchterlich über Dr. Pichler schimpfte, weil derselbe gesagt habe, der Krieg müsse geführt werden bis zum letzten Mann*³⁰. Das sei aber unwahr, meinte die Zeitung. Wahr wurde allerdings, dass es *Verbrechen und Vergehen gegen Staats- und Privateigentum* gab und dass über das Gesamtgelände des Bahnhofs, der Donaulände und des Winterhafens das *Standrecht* verhängt werden musste³¹.

Der Schriftleitung der Donau-Zeitung war einige Tage später *Unser Standpunkt* wichtig: *Die Erklärung der Republik wäre nicht unbedingt notwendig gewesen. Auch unter Beibehaltung der Monarchien hätte der Systemwechsel vollzogen werden können. Jedoch ist bei der innigen Verwachsung der Monarchen mit dem alten System begreiflich, daß sie als Symbol und ideelle Träger des alten Systems mit diesem weggespült wurden. Wir sind und bleiben trotz des vollzogenen Systemwechsels und unter Einfügung in die neue Staatsmaschinerie Anhänger der Monarchie, wenn auch unter sozialen und christlich-demokratischen Monarchen*³².

Die Passauer Zeitung wiederum gab sich deutlich republikfreundiger und vor allem dem neuen *Demokratischen Volksverein, Sitz Passau* gewogen. Dieser propagierte am 27. November 1918: *Wir wollen eine Arbeiter-, Bauern- und Bürgerrepublik im Gegensatz zur sozialistischen (Arbeiter-) Klassenrepublik*³³. Man schien die Zeichen der Zeit erkannt zu haben.

Bayern am Abgrund

Den König zu stürzen und einen „Freistaat“ auszurufen, war das eine. Eine geordnete Regierung zu bilden und dem Volk Frieden und Wohlstand zu schenken, war etwas ganz anderes. Georg Heim, Mitbegründer der „Bayerischen Volkspartei“, hatte am 30. November 1918 im „Bayerischen Kurier“ Eisner erstmals unterstellt, er taktiere nur und trage keinen Funken bayerischen Partikularismus in sich³⁴. Schnell entbrannte in Bayern auch der Streit darüber, ob man eine parlamentarische Demokratie oder eine Räterepublik wolle. Kurt Eisner trat wie die Reichsregierung für Neuwahlen ein. Er erbat auch Vorschläge für eine neue bayerische Verfassung, nach der ein Ministerpräsident vom Vertrauen des Landtags getragen sein sollte.

Die Neuwahlen bekam er, doch seine USPD erzielte bei der Landtagswahl am 12. Januar 1919 lediglich 2,53 Prozent (Bayerische Volkspartei 35, SPD mit Erhard Auer 33). „Draußen im Land“ war man wenig begeistert von aufrührerischen Städtern und Intellektuellen – man wollte „Ordnung und

²⁹ „Vilshofener Tagblatt“ (Sonntag, 10. November 1918).

³⁰ Donau-Zeitung Nr. 514.

³¹ Donau-Zeitung Nr. 547.

³² Donau-Zeitung Nr. 520.

³³ Passauer Zeitung Nr. 276.

³⁴ BSZ „Unser Bayern“ 11, 12/2018.

Ruhe“³⁵. Auch die Wahl zur deutschen Nationalversammlung am 24. Januar 1919 ergab ein Desaster für Kurt Eisner. Nur ein einziges bayerisches Mandat entfiel auf die USPD (BVP 18, SPD 15, DDP 5, BBB 4, Nationalliberale 2). Das Ansehen Eisners sank dem Tiefpunkt zu. Er hatte, als er am 21. Februar 1919 in München auf dem Weg zum Landtag durch den 22-jährigen Grafen Arco-Valley ermordet wurde, der übrigens in Passau Abitur gemacht hatte, die Rücktrittserklärung sämtlicher Regierungsmitglieder bei sich³⁶.

Im gerade eröffneten Landtag selbst gab es Tumulte, wobei der revolutionäre Arbeiterrat Alois Lindner mehrere Menschen tötete und Innenminister Erhard Auer, den er für den Drahtzieher des Attentats hielt, schwer verwundete. Panik brach aus, alle flüchteten. Mit einem Schlag verlor das Land seine politische Führung, die dann ein neuer „Zentralrat der Republik Bayern“ an sich riss³⁷. Der Schock über die Geschehnisse erfasste ganz München. Am 26. Februar 1919 umsäumten „100.000 und vielleicht noch mehr Trauernde“ den Leichenzug zum Ostfriedhof, fast wie bei einem Königsbegräbnis³⁸.

Anfang März 1919 wurde der Januar-Wahlsieger Johannes Hoffmann (MSPD) zum Ministerpräsidenten gewählt, wobei er sich im April 1919 einer „Räterepublik“ von anarchistischen Intellektuellen unter dem Schriftsteller Ernst Toller ausgesetzt sah und bald auch einer 2. (kommunistischen) Räterepublik unter der Führung des jungen Rudolf Eglhofer. Alle politischen Gruppierungen passten nicht so richtig zusammen, so dass die Lage ständig unübersichtlich war, die Bevölkerung aber die Grundbedürfnisse wie Essen und Wohnen nicht erfüllt bekam. Dass die revolutionären Führer keine Politprofis, aber auch nicht immer idealistische

Weltverbesserer waren, erhellt sich unter anderem aus dreizehn Porträts von kämpferischen Sozialdemokraten, Großbauern als Revolutionsunterstützer, realitätsfernen Anarchisten oder Philosophen als Regierungschefs³⁹. Sie wie Weidemann als „Träumer“ zu bezeichnen, ist bestenfalls Geschmacksache⁴⁰.

Hoffmanns Regierung musste sich aus Sicherheitsgründen nach Bamberg zurückziehen, wo sie an „Stabilisierungsmaßnahmen“ dachte (Ausarbeitung einer Verfassung und Entsendung von Freikorps und konterrevolutionären Regierungstruppen, unterstützt durch die Reichsregierung – auch ein *Freikorps Passau* erwarb sich eine umstrittene Rolle⁴¹). Im Mai 1919 stellte sich das Ende der Räterepublik ein, wobei die Ermordung Tausender „Rädelsführer“ zu Angst und Schrecken führte. Die endgültige Rückkehr Hoffmanns nach München war erst im Herbst möglich. Er hatte alle Hände voll zu tun, einerseits die Umarmung durch die Vertreter des Reichs und andererseits die offenen Versuche bayerischer Militärs zur Machtergreifung abzuwehren.

Viel Wertvolles war in der Bamberger Verfassung vom 14. August 1919 enthalten: Volkssouveränität, Demokratie, Republik. Der erste Satz lautete: *Bayern ist ein Freistaat und Mitglied des Deutschen Reichs*. Es gab jetzt nur noch eine Kammer. Der Adel war endgültig entmachtet. Bis 1933 bemühte man sich um geordnetes Handeln, obwohl von

³⁵ Bekanntmachung am 11. 11. 1918 durch Bürgermeister Josef Weiß, Vilshofen, (zitiert aus Rose, Sonderband 11 der „Vilshofener Jahrbücher“, S. 16).

³⁶ HILLE, S. 53.

³⁷ HILLE, S. 54.

³⁸ HILLE, S. 55.

³⁹ KARL, passim.

⁴⁰ WEIDERMANN

⁴¹ Genaueres bei Thomas HELLER PNP-Artikel 2009

Links und Rechts gewaltige Anfeindungen bestanden. Mit dem Gesetz über den Neuaufbau des Reichs vom 30. Januar 1934 endete vorerst die Eigenständigkeit Bayerns. Dabei muss festgehalten werden: 1933 ergab sich das Ende des Rechtsstaats, während die Verfassung nicht offiziell abgeschafft wurde. Außerdem soll festgehalten sein: Bayern war im Nationalsozialismus nicht nur Opfer. Denn viele Menschen stärkten die Diktatur. Stichworte wie Obersalzberg, Konzentrationslager Dachau oder Reichsparteitag Nürnberg bleiben mit Bayern verbunden.

Neuanfang im Zeichen der Kontinuität

Am 1. Dezember 1946 wurde ein erster neuer bayerischer Landtag gewählt und ein *Volksentscheid zur neuen Verfassung* durchgeführt, wobei sich bei einer Wahlbeteiligung von 75 Prozent eine Zustimmung von 70,6 Prozent für die Verfassung ergab. Zuvor hatte es den Vorentwurf für eine „Verfassung des Volksstaates Bayern“ von Wilhelm Hoegner gegeben, über den er im Schweizer Exil gegrübelt hatte. Gemeinsam mit Hans Ehard (CSU) suchte er den Kompromiss. Aber auch die US-Militärregierung wirkte auf die Grundrechte ein. Daraus ergab sich, dass es keine „Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen“ mehr geben sollte, aber auf die bayerische Verfassungstradition bis zurück auf 1808 und 1818 bewusst Bezug genommen wurde. Man betrachtete Bayern auch wieder als eigenständig. Andere anerkannte „Länder“ auf deutschem Boden gab es zu diesem Zeitpunkt nicht. Der Begriff „Freistaat“ wirkte überzeugend. Durch das Grundgesetz von 1949 wurde die bayerische Staatlichkeit jedoch ständigen „Abnutzungsprozessen“ ausgesetzt (*Bundesrecht geht vor Landesrecht*).

Welche Bedeutung hat also die bayerische Landesverfassung noch? Sie bleibt wichtig, weil die innere Ordnung Bayerns nach wie vor auf ihr beruht. Das heißt auch: Demokratie, Republik, Rechtsstaat, Gewaltenteilung, Sozialstaat. Man erinnert sich besonders in Bayern an das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte und will die Souveränität des Volkes betonen (*Bayern ist ein Volksstaat. Träger der Staatsgewalt ist das Volk* heißt es in Art. 2 Abs. 1). Davon leitet sich ab, dass Volks- und Parlamentsgesetzgebung gleichrangig sind, was nichts anderes bedeutet als basisdemokratische Entscheidungen auf Landesebene und auf kommunaler Ebene. Bayern sei schon heute Vorbild für die *Mitmach-Demokratie*, meinte oftmals Ministerpräsident Horst Seehofer (2008-2018). Es tue dem Land auch gut, dass nicht bloß Rechte, sondern auch Pflichten in der Verfassung verankert sind, zum Beispiel in Artikel 117 Absatz 1. Dort steht zu lesen: *Freiheit für jedermann hängt entscheidend davon ab, dass alle ihre Treuepflicht gegenüber Verfassung, Staat und Gesetz erfüllen.*

Die Zeit ab 1946 kann man für Bayern als große Erfolgsgeschichte bezeichnen. Besonders die sechzehn Jahre unter Ministerpräsident Alfons Goppel (1962-1978) mit den Schwerpunkten Landesplanung, Universitätsgründungen (darunter Passau), Denkmalschutz oder bayerische Außenpolitik mit einem „Europa der Regionen“, aber auch die Zeit der „68er“ mit ihrem liberalen Aufbruch bleiben in Erinnerung. Das Gefühl, dass Bayern etwas Besonderes ist, scheint trotz aller Eingriffe und trotz des großen Bevölkerungszuwachses aus aller Herren Länder weiterhin zu gelten. Bayern ragt als Rechts-, Sozial- und Kulturstaat heraus. Die bayerische Geschichte verpflichtet zur steten Wachsamkeit.

